

Preussische Gesetzsammlung

1939

Ausgegeben zu Berlin, den 1. November 1939

Nr. 19

Tag	Inhalt:	Seite
24. 9. 39.	Polizeiverordnung über Schonzeiten und Mindestmaße	109
21. 10. 39.	Achtundzwanzigste Verordnung über Wohnsiedlungsgebiete	110
	Sinweis auf nicht in der Gesetzsammlung veröffentlichte Rechtsverordnungen	111
	Bekanntmachung der nach dem Gesetze vom 10. April 1872 durch die Regierungsamtsblätter veröffentlichten Erlasse, Urkunden usw.	112

(Nr. 14503.) Polizeiverordnung über Schonzeiten und Mindestmaße. Vom 24. September 1939.

Auf Grund der §§ 106 und 124 des Fischereigesetzes vom 11. Mai 1916 (Gesetzsamml. S. 55) und des Polizeiverwaltungsgesetzes vom 1. Juni 1931 (Gesetzsamml. S. 77) wird die Polizeiverordnung zum Fischereigesetz (Fischereiordnung) vom 29. März 1917 (MBl. f. Landw. S. 153) wie folgt geändert:

§ 1.

§ 6 erhält folgende Fassung:

Der Regierungspräsident kann zu wissenschaftlichen, gemeinnützigen und wirtschaftlichen Zwecken Ausnahmen von den §§ 1 bis 5 gestatten.

§ 2.

Es fallen weg:

Im § 11 der Abs. 2, im § 13 der letzte Satz und im § 14 die beiden letzten Sätze.

§ 3.

§ 18 erhält folgende Fassung:

Von allen Schonzeiten (§§ 11 bis 17) kann der Regierungspräsident zu wissenschaftlichen, gemeinnützigen und wirtschaftlichen Zwecken Ausnahmen gestatten. Er kann die Schonzeiten für einzelne Gewässer und Gewässerstrecken verschieden festsetzen, verkürzen oder ganz aufheben. Er kann sie auf bestimmte Fischarten beschränken oder bestimmte Fischarten davon ausnehmen.

§ 4.

Die Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Berlin, den 24. September 1939.

Der Reichs- und Preussische Minister für Ernährung und Landwirtschaft.

Im Auftrage:
M o r i k.

(Nr. 14504.) Achtundzwanzigste Verordnung über Wohnsiedlungsgebiete. Vom 21. Oktober 1939.

Auf Grund des Gesetzes über die Aufschließung von Wohnsiedlungsgebieten vom 22. September 1933 (Reichsgesetzbl. I S. 659) §§ 1 und 14 wird folgendes bestimmt:

A. Zu Wohnsiedlungsgebieten im Sinne des Gesetzes über die Aufschließung von Wohnsiedlungsgebieten vom 22. September 1933 (Reichsgesetzbl. I S. 659) werden erklärt:

Aus dem Regierungsbezirk Hildesheim und zwar

a) aus dem Landkreis Goslar

die Gemeinden:

Alt Wallmoden

Beinum

Beuchte

Burgdorf

Dorstadt

Groß Döhren

Klein Döhren

Flachstöckheim

Groß Flöthe

Klein Flöthe

Gielde

Haverlah

Heiningen

Heiffum

Hohenrode

Lengde

Liebenburg

Groß Mahner

Klein Mahner

Neuenkirchen

Ohlendorf

Ohrum

Othfresen

Ringelheim

Schladen

Wehre

b) aus dem Landkreis Marienburg i. Hann.

die Gemeinden:

Baddeckenstedt

Groß Elbe

Klein Elbe

Gustedt

Sehlde

Söhlde

c) aus dem Landkreis Peine

die Gemeinden:

Adenstedt

Berkum

Groß Bülten

Klein Bülten

Dungelbed

Eixe
 Badenstedt
 Sandorf
 Hämeleerwald
 Groß Ilfede
 Klein Ilfede
 Groß Lafferde
 Klein Lafferde
 Lengede
 Münstedt
 Oberg
 Peine, Stadt
 Rosenthal
 Schmedenstedt
 Schwicheldt
 Groß Solschen
 Klein Solschen
 Stederdorf
 Böhrum
 Woltorf.

B. Diese Verordnung tritt mit dem 1. November 1939 in Kraft.

Berlin, den 21. Oktober 1939.

Der Reichs- und Preussische Arbeitsminister

In Vertretung:

S h r u p.

Hinweis auf nicht in der Gesetzsammlung veröffentlichte Rechtsverordnungen

(§ 2 des Gesetzes vom 9. August 1924 — Gesetzsamml. S. 597 —).

1. Im Deutschen Reichsanzeiger und Preussischen Staatsanzeiger Nr. 228 vom 29. September 1939 ist eine von dem Minister des Innern erlassene viehseuchenpolizeiliche Anordnung vom 23. September 1939 über aktive Schutzimpfung gegen Maul- und Klauenseuche in Sperrbezirken veröffentlicht worden, die mit dem Tage ihrer Veröffentlichung in Kraft getreten ist.

Berlin, den 17. Oktober 1939.

Reichs- und Preussisches Ministerium des Innern.

2. Im Deutschen Reichsanzeiger und Preussischen Staatsanzeiger Nr. 239 vom 12. Oktober 1939 ist eine von dem Minister des Innern erlassene viehseuchenpolizeiliche Anordnung vom 7. Oktober 1939 veröffentlicht worden, durch die die für Preußen erlassene viehseuchenpolizeiliche Anordnung vom 3. November 1938 (Deutscher Reichsanzeiger und Preussischer Staatsanzeiger vom 8. November 1938 Nr. 261) über die Einfuhr von Hasen und Kaninchen aufgehoben worden ist. Die Anordnung ist mit dem Tage ihrer Veröffentlichung in Kraft getreten.

Berlin, den 24. Oktober 1939.

Reichs- und Preussisches Ministerium des Innern.

Bekanntmachung.

Nach Vorschrift des Gesetzes vom 10. April 1872 (Gesetzsamml. S. 357) sind bekanntgemacht:

1. der Erlaß des Preußischen Staatsministeriums vom 25. August 1939
über die Verleihung des Enteignungsrechts an den Unternehmer Otto gen. Wilh. Gomeher in Osnabrück für den Bau einer Tierkörperbeseitigungsanstalt nebst zwei kleinen Wohnhäusern für einen Gehilfen und einen Kraftfahrer
durch das Amtsblatt der Regierung in Osnabrück Stück 35 S. 84, ausgeg. am 4. September 1939;
2. der Erlaß des Preußischen Staatsministeriums vom 4. September 1939
über die Verleihung des Enteignungsrechts an die Stadtgemeinde Potsdam zur Errichtung eines Infektionshauses und eines Arzte- und Schwesternwohnhauses
durch das Amtsblatt der Regierung in Potsdam Stück 40 S. 189, ausgegeben am 23. September 1939;
3. der Erlaß des Preußischen Staatsministeriums vom 6. September 1939
über die Verleihung des Enteignungsrechts an das Land Preußen (Unterrichtsverwaltung) für den Neubau von Kliniken der Universität Bonn in den Gemarkungen Poppelsdorf und Kessenich
durch das Amtsblatt der Regierung in Köln Stück 37 S. 123, ausgegeben am 16. September 1939;
4. der Erlaß des Preußischen Staatsministeriums vom 8. September 1939
über die Verleihung des Enteignungsrechts an das Deutsche Reich (Reichsfiskus) für die Anlagen in Pinneberg (Gemarkung Thesdorf)
durch das Amtsblatt der Regierung in Schleswig Stück 39 S. 299, ausgeg. am 30. September 1939;
5. der Erlaß des Preußischen Staatsministeriums vom 18. September 1939
über die Verleihung des Enteignungsrechts an das Deutsche Reich (Reichsfiskus — Luftwaffe —) zum Bau eines Versorgungslagers in der Gemarkung Dülmen-Kirchspiel
durch das Amtsblatt der Regierung in Münster Stück 41 S. 166, ausgegeben am 14. Oktober 1939;
6. der Erlaß des Preußischen Staatsministeriums vom 26. September 1939
über die Verleihung des Enteignungsrechts an die Gemeinde Rodinghausen zur Anlage eines Feuerlöschteiches
durch das Amtsblatt der Regierung in Minden Stück 41 S. 170, ausgegeben am 14. Oktober 1939;
7. der Erlaß des Preußischen Staatsministeriums vom 27. September 1939
über die Verleihung des Enteignungsrechts an die Firma Schmiedag, Aktiengesellschaft in Hagen, zur Erweiterung ihrer Fabrikanlagen
durch das Amtsblatt der Regierung in Arnberg Stück 42 S. 154, ausgegeben am 21. Oktober 1939;
8. der Erlaß des Preußischen Staatsministeriums vom 7. Oktober 1939
über die Verleihung des Enteignungsrechts an die Stadt Hörter für den Bau einer Straße zum Standort- und Kurlazarett
durch das Amtsblatt der Regierung in Minden Stück 42 S. 171, ausgegeben am 21. Oktober 1939.

Herausgegeben vom Preußischen Staatsministerium. — Druck: Preußische Druckerei- und Verlags-Aktiengesellschaft, Berlin.

Verlag: R. v. Decker's Verlag, G. Schend, Berlin W 15, Liebenburger Str. 31. (Postcheckkonto Berlin 9059.)
Den laufenden Bezug der Preußischen Gesetzsammlung vermitteln nur die **Postanstalten** (Bezugspreis 1,10 RM vierteljährlich);
einzelne Nummern und Jahrgänge (auch ältere) können unmittelbar vom Verlag und durch den **Buchhandel** bezogen werden.
Preis für den achteitigen Bogen oder den Bogenteil 20 Hpf., bei größeren Bestellungen 10 bis 40 v. S. Preisermäßigung.